

Alf Arnold vermisst Sorgfalt

ANFRAGE Die Regierung will wegen der Prozesse gegen Skistar-Chef Erik Paulsson nicht aktiv werden. Landrat Alf Arnold spricht diesbezüglich von Verantwortungslosigkeit.

BRUNO ARNOLD
bruno.arnold@urnerzeitung.ch

Erik Paulsson, der Verwaltungsratspräsident der schwedischen Firma Skistar, stand wegen Korruptionsvorwürfen vor Gericht. Mittlerweile ist er in erster Instanz freigesprochen worden. Skistar will bekanntlich in die Skiinfrastrukturanlagen in Andermatt investieren und erhofft sich dafür auch Gelder der öffentlichen Hand.

«Frage stellt sich gar nicht»

Der Korruptionsverdacht hatte Landrat Alf Arnold (Grüne Uri, Altdorf) im März zu einer Kleinen Anfrage an den Regierungsrat veranlasst. Arnold wollte unter anderem wissen, ob es politisch opportun sei, öffentliche Gelder für ein Unternehmen zu sprechen, dessen oberster Chef unter Korruptionsverdacht stehe. «Die Auswahl eines geeigneten Partners für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist Sache der involvierten Unternehmen und nicht der Regierung», heisst es in der gestern veröffentlichten Antwort. «Zudem gibt es zurzeit kein Finanzierungsgesuch, weshalb sich die Frage gar nicht stellt.»

Zum «Fall Paulsson» seien der Regierung nur jene Fakten bekannt, die man den Medien habe entnehmen können. «Wir haben diesbezüglich keine aktiven Nachforschungen betrieben.» Im Zusammenhang mit einer eventuellen finanziellen Unterstützung der Skiinfrastrukturen in Andermatt werde man die Situation aber grundsätzlich genau analysieren und klären, ob die Vorausset-



«Die Antwort zeugt von wenig politischem Fingerspitzengefühl.»

ALF ARNOLD, LANDRAT

zungen für eine finanzielle Unterstützung erfüllt seien.

Regierung führt keine Gespräche

Arnold hatte weiter gefragt, ob die Regierung aufgrund der Vorwürfe gegen Paulsson bereit sei, die Gespräche mit Skistar und allfällige Zahlungen so lange zu stoppen, bis die Vorwürfe gegen Erik Paulsson geklärt seien. Die Antwort der Regierung lautet kurz und bündig: «Der Regierungsrat führt aktuell keine

Gespräche mit Skistar.» Auf die Frage, ob die Regierung das Gespräch mit von Franz Steinegger ins Spiel gebrachten «alternativen Investoren» suchen werde, heisst es in der Antwort: «Der Regierung sind keine alternativen Investoren bekannt. Sie hat keinen Anlass, von sich aus derartige Gespräche zu suchen.» Mit den Übernahme- respektive Kaufangeboten der Andermatt Swiss Alps AG an die Andermatt Gotthard und die Sedrun Bergbahnen sowie aufgrund der diesbezüglich positiven Reaktionen des AGS-Verwaltungsrats sei die der Frage zu Grunde liegende Ausgangslage überholt. «Darüber hinaus gilt es festzuhalten, dass es nicht Sache des Regierungsrats, sondern eine unternehmerische Aufgabe ist, Mitinvestoren für geplante Projekte zu suchen und zu finden.»

«Gehört zur Sorgfaltspflicht»

«Die Antwort des Regierungsrats zeugt von wenig politischem Fingerspitzengefühl», schreibt Alf Arnold in einer Stellungnahme. Immerhin sei der Kanton Uri im Begriff, in die Skiinfrastrukturanlagen Andermatt bis zu 15 Millionen Franken Finanzhilfen und Bürgschaften zu investieren. «Im Umgang mit dem Geld der Steuerzahler ist der Regierungsrat gerade bei der Wirtschaftsförderung zu spezieller Sorgfalt verpflichtet.» Wenn die Medien von einem Korruptionsverdacht gegen den möglichen Empfänger von Millionen-subventionen berichteten, so gehöre es zur regierungsrätlichen Sorgfaltspflicht, sich nähere Informationen zu verschaffen. «Auch wenn die Prozesse in Schweden stattfinden, ist dies nicht zu viel

verlangt», schreibt Arnold. «Zudem fordert das Wirtschaftsförderungsgesetz explizit, dass Empfänger von staatlicher Hilfe der zuständigen Behörde alle Auskünfte erteilen müssen, die im Zusammenhang mit dem Vorhaben stehen», so Arnold. «Wenn der Regierungsrat die Auswahl des geeigneten Partners allein den involvierten Unternehmen überlasse, so würde dies angesichts des finanziellen Engagements des Kantons an Verantwortungslosigkeit grenzen.» Die Erwartung einer staatlichen Unterstützung liege in der Luft, die entsprechende Absicht der Regierung sei durch die Einstellung einer ersten Tranche von 1,8 Millionen im Budget 2012 dokumentiert.

«Nicht nur als Zuschauer beteiligt»

Bei jedem Bericht über die Verhandlungen zwischen den beteiligten Unternehmen werde Isidor Baumann als Verhandlungsleiter und Moderator zitiert. Und die Regierung habe in der Richtplananpassung Skiinfrastrukturanlagen Urserental-Oberalp auch bereits den Zusammenschluss der Skigebiete als Voraussetzung für Plangenehmigungs- und Konzessionsverfahren festgesetzt. «Der Regierungsrat kann also nicht so tun, als ob er an den Verhandlungsprozessen und an der ganzen Entwicklung des Andermatt Projekts nur als Zuschauer beteiligt wäre», betont Arnold. «Darum ist es auch in seiner Verantwortung, allenfalls über den Subventionsentscheid die Notbremse zu ziehen und die Tür für andere Investoren zu öffnen, falls sich Skistar wegen der Prozesse in Schweden als ungeeigneter Partner herausstellen sollte.»